

Ausgabe vom 23.06.2016

Eine besondere Beziehung

Vor der Abstimmung über den »Brexit«: Anmerkungen zu Großbritanniens Rolle innerhalb der EU

Von Andreas Wehr

De Gaulle (1) hatte recht. Das Vereinigte Königreich passt nicht nach Europa. Es kann nicht, ja es darf nicht länger Mitglied eines geeinten Europas sein. « So beginnt ein Kommentar in der österreichischen außenpolitischen Zeitschrift *International* vom Frühjahr 2016. Nach dem Autor »wäre es längst an der Zeit, den Sonderstatus des Inselstaats vor der Küste Europas endlich zu beenden«, denn »seit dem Beitritt 1973 hat es kaum noch einen europäischen Integrationsschritt gegeben, bei dem Großbritannien voll und ganz teilgenommen hat.« (2)

Auch für den SPD-Politiker und Präsidenten des Europäischen Parlaments Martin Schulz steht fest: Großbritannien trägt eine große Verantwortung dafür, dass Europa nicht zusammenkommt: »Anmerken muss man (...), dass die widerwilligsten Partner in der EU, wenn es um weitere Integration und Zusammenarbeit geht, nicht die neuen Mitglieder sind. Schwierigkeiten macht in dieser Beziehung vielmehr ein Inselstaat im Nordwesten Europas, der schon seit vierzig Jahren Mitglied ist. (3) Schulz wirft dem Land vor, »in Brüssel immer mit beiden Füßen auf der Bremse« (4) zu stehen. Und Premierminister David Cameron beschuldigt er, in der EU eine »ständige Blockade« (5) zu betreiben.

Der Sozialwissenschaftler und Philosoph Jürgen Habermas formuliert seine Kritik grundsätzlicher. Nach ihm gibt es einen allgemeinen »tiefen Zielkonflikt« über die »Finalité« des Einigungsprozesses: »Die sogenannten Integrationisten, die eine Präferenz für gemeinsame Politiken haben und der Vertiefung der Union Vorrang einräumen, und die Euroskeptiker blockieren sich gegenseitig. « Auch für ihn ist Großbritannien das

Zentrum der eine weitere Integration hemmenden Kräfte, die er auf dem Vormarsch sieht: »Strategisch gesehen, genießt allerdings die Erweiterungspartei unter Führung Großbritanniens den Vorzug, dass eine Politik der Nicht-Entscheidung in ihrem Sinn arbeitet. (6) So oder ähnlich hört man es seit Jahren auf sozialdemokratischen Parteitag und Gewerkschaftskongressen in Deutschland: Die Europäische Union könnte doch längst, so heißt es dort, sozialer und demokratischer ausgerichtet sein, wäre da nur nicht das ständige »No« aus London. Doch das ist, wie noch gezeigt wird, eine Legende.

Folgt man Schulz und Habermas, so könnte ein Brexit sogar eine Chance für eine so von einer Last befreite EU sein, wäre damit doch endlich der Weg in Richtung von mehr Integration freigeräumt. Der Kommentator in der Zeitschrift *International* kommt angesichts solcher Aussichten regelrecht ins Schwärmen: »Endlich könnte Europa darangehen, eine wirklich eigenständige Außenpolitik – nicht am Gängelband der USA und nicht durch andauernde Einflüsterungen aus London dominiert – aufzubauen. Endlich könnte Europa große politische Einigungsziele in Angriff nehmen. Dem Projekt der ›sozialen Integration‹ würden beispielsweise nicht mehr die freihandelsfixierten neoliberalen Integrationsbremser von den britischen Inseln im Weg stehen.« (7) Solche Stimmen könnten lauter werden, sollte es zum Austritt kommen. Und wahrscheinlich werden dann auch die von Martin Schulz und Jürgen Habermas darunter sein.

Großbritannien und die EU – das war schon immer eine besondere Beziehung, »a special relationship«, wie es auch im Deutschen heißt. Zwar hatte Winston Churchill bereits im Herbst 1946 in seiner berühmten Züricher Europarede für ein einiges Europa geworben, doch das sollte nur für den Kontinent, nicht für Großbritannien gelten. Damals gab es noch das britische Weltreich, und das sollte nach Churchill auch so bleiben. So war man denn auch 1957 bei der Unterzeichnung der Römischen Verträge nicht dabei. Zusammen mit anderen kleineren

Staaten gründete man stattdessen 1959 die European Free Trade Association (EFTA), (8) eine Art EU light.

Erst 1961, das britische Empire war zerbrochen, stellte London einen Aufnahmeantrag, der aber prompt am »Non« De Gaulles scheiterte. Es war jenes Veto, das heute in der Zeitschrift *International* als so weise gepriesen wird. Grund für die Ablehnung aus Paris war der nicht unbegründete Verdacht, bei der Insel handele es sich sicherheitspolitisch lediglich um ein trojanisches Pferd der USA, und hierzu passte nun einmal nicht die gaullistische Vision eines von Washington und Moskau unabhängigen Frankreichs und Europas. Auch das zweite Beitrittsgesuch 1967 scheiterte am Einspruch Frankreichs. Die Interessen zweier europäischer imperialistischer Mächte ließen sich nicht in Deckung bringen.

Arbeiter gegen EU

Auch in Großbritannien war der Beitritt umstritten. Gewerkschaften und Labour Party lehnten ihn ab. Labour-Parteichef Hugh Gaitskell erklärte 1962: »Sind wir gezwungen, uns Europa anzuschließen? Meine Antwort ist nein, nein, nein. (...) Wenn England mitmacht, (...) dann bedeutet dies unser Ende als unabhängige Nation, das Ende von tausend Jahren Geschichte.« (9) Diese Aussage mag heute ungewöhnlich klingen. Damals war es aber noch ganz selbstverständlich, dass sich die Arbeiterbewegungen als Sachwalter, ja als Erben ihrer Nationen verstanden.

1972 versuchte es London unter Führung des konservativen Premierministers Edward Heath erneut. Da diesmal das »Non« aus Paris ausblieb, wurde mit Beginn des Jahres 1973 Großbritannien zusammen mit Irland und Dänemark Mitglied der Europäischen Gemeinschaften. Doch die Labour Party blieb bei ihrem Nein. Den Unterhauswahlkampf 1973/74 führte sie mit dem Versprechen, die Beitrittsbedingungen neu zu verhandeln und das Ergebnis anschließend zur allgemeinen Abstimmung zu stellen. Mit diesen Parolen gewann Labour die Unterhauswahlen. Die von ihr gebildete Regierung unter Harold Wilson begnügte sich dann aber mit einigen unbedeutenden Zuge-

ständnissen Brüssels und empfahl der Bevölkerung die Zustimmung zur Mitgliedschaft. Anfang April 1975 stimmte das Unterhaus mit 398 gegen 172 einer entsprechenden Regierungsvorlage zu. Doch diese Mehrheit war nur dank der nahezu geschlossenen Zustimmung der Konservativen zustande gekommen. Auch Margaret Thatcher war entschieden für den Beitritt. Die Labour-Party blieb hingegen mehrheitlich auf Distanz. Von ihren Abgeordneten stimmten 147 dagegen und nur 137 dafür. Und auf dem folgenden Labour-Parteitag sowie auf Gewerkschaftskongressen sprachen sich klare Mehrheiten gegen die Mitgliedschaft aus. Unter den entschiedenen Gegnern war auch der heutige Labour-Chef Jeremy Corbyn. Der Beitritt Großbritanniens ist daher zu keinem Zeitpunkt weder von Labour noch von den Gewerkschaften akzeptiert worden. Er war nur möglich geworden, weil sich die Labour-Regierung im Unterhaus auf die Stimmen der konservativen Abgeordneten stützen konnte. Da Konservative, Liberale und eine Minderheit in Labour sich für den Beitritt aussprachen, erhielt das Ja in der Volksabstimmung am 5. Juni 1975 mit 67,2 Prozent eine Mehrheit.

Bis heute hat sich aber in Teilen der britischen Arbeiterbewegung eine tiefe Aversion gegenüber der EU erhalten. In der aktuellen Auseinandersetzung über einen Austritt hat sich daher auch ein »Lexit«-Bündnis gebildet. Sein Name leitet sich her von »Left Exit« beziehungsweise »Austritt von links«. Lexit versteht sich als eine »Allianz zum Kampf für ein Nein zur EU-Mitgliedschaft Britanniens«. Ihm gehören die Eisenbahnergewerkschaft RMT, das Personenbündnis »Gewerkschafter gegen die EU« sowie die Kommunistische Partei Britanniens an.

Tradition des Freihandels

Viel ist gesagt und geschrieben worden über die besondere Rolle, die Großbritannien seit seinem Beitritt als angeblich schwieriger Partner in der EU spielt. Sie wird oft als Fortführung der traditionellen »Splendid isolation« (wunderbaren Isolation) der Insel beschrieben. In Erinnerung geblieben ist vor allem der Streit mit Margaret Thatcher um den dem Land zugestandenen

Haushaltsrabatt. Die von Helmut Schmidt abfällig als »Krämer-tochter« bezeichnete Premierministerin bekräftigte ihre Forderung »I want my money back« (Ich will mein Geld zurück) schon mal mit ihrer Handtasche, die sie auf den Konferenztisch schlug.

Ebenso wie alle anderen Mitgliedsstaaten verfolgt auch Großbritannien seine besonderen nationalen Interessen in der Union. Einigen Integrationsschritten verweigert es sich, anderen stimmt es zu. Abgelehnt hat London stets die einheitliche europäische Währung. Bereits 1992 verließ das Land das Europäische Währungssystem (EWS), und 1999 entschied es sich definitiv gegen den Euro. Großbritannien unterzeichnete 2012 auch nicht den Fiskalpakt, der vor allem der Disziplinierung der Euroländer dient. Auch der Schaffung eines »Europas ohne Grenzen« durch Übernahme des Schengen-Systems erteilte es eine Absage. Trotz dieser Vorbehalte ist es aber keineswegs so, dass es, wie behauptet wird, »seit dem Beitritt 1973 (...) kaum noch einen europäischen Integrationsschritt gegeben (hat), an dem Großbritannien voll und ganz teilgenommen hat.« (10) In mindestens drei Bereichen billigte das Land nicht nur die Vorhaben Brüssels, sondern trieb sie sogar voran. Dazu gehören die vollständige Durchsetzung der Binnenmarktfreiheiten, die Schaffung der »Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik« und die Forcierung der Erweiterung der EU. Was die Schaffung militärischer Fähigkeiten der Union angeht, so setzt sich Großbritannien immer wieder gemeinsam mit Frankreich für sie ein, achtet aber stets darauf, dass sie nicht in Konkurrenz zur NATO und damit zu den USA entwickelt werden. Und in der Frage der Erweiterung gehört das Land zu den entschiedensten Befürwortern der Osterweiterung, und heute tritt es vehement für die Aufnahme der Türkei ein.

Impulsgebend war London aber vor allem bei der Weiterentwicklung des Binnenmarkts. An seiner Vertiefung ist der kapitalistischen Klasse des Landes besonders gelegen, entspricht es doch ihrer freihändlerischen Tradition, unter der EU nichts anderes als eine große Freihandelszone zu verstehen. Begünstigt

wurde diese Politik durch den Wahlsieg von Thatcher 1979, der zugleich das Startsignal für den Siegeslauf des Neoliberalismus auch auf dem Kontinent war. In der Bundesrepublik Deutschland markierte die Übernahme der Kanzlerschaft durch Helmut Kohl 1982 in der »geistig-moralischen Wende« die endgültige Abkehr vom Sozialstaat. In Frankreich scheiterte 1983 das Programme Commun der von Sozialisten und Kommunisten gebildeten Linksregierung. Präsident François Mitterrand vollzog anschließend eine radikale Wende hin zum Wirtschaftsliberalismus. Die neoliberalen Positionen Londons waren nun allgemein hegemoniefähig in der Union geworden.

Neoliberale Union

Ein großer Schritt in Richtung einer neoliberalen Ausrichtung der EU wurde auf dem europäischen Gipfel von Mailand im Juni 1985 getan. Dort ging es um die Beschlussfassung über die Einheitliche Europäische Akte, mit der die politische Integration gestärkt werden sollte. Da sich aber auf der Tagung drei Staaten – Großbritannien, Dänemark und Griechenland – aus verschiedenen Gründen beharrlich dem Beschluss darüber widersetzten, wurde kurzerhand abgestimmt. Damit wurden, im Widerspruch zu dem von Frankreich durchgesetzten Luxemburger Kompromiss von 1966, wonach das Mehrheitsprinzip bei »sehr wichtigen Interessen eines oder mehrerer Partner« nicht zur Anwendung kommen soll, Mitgliedsstaaten in einer entscheidenden Frage in die Minderheit versetzt. Dieser vor allem von deutscher Seite immer bekämpfte Luxemburger Kompromissmodus war damit erstmals durchbrochen worden. Nicht zufällig ging die Initiative für die Abstimmung vom deutschen Außenminister Hans-Dietrich Genscher aus. Der französische Staatspräsident François Mitterrand warnte hingegen davor. Über den Ablauf der Ereignisse wurde folgendes berichtet: »Um den Widerstand gegen die Vertragsreform zu überwinden, brachte die Kommission das Projekt des Binnenmarktes ein. Mit diesem Schachzug setzte Delors (11) seinen großen Widerpart, Margaret Thatcher, matt, denn die Vollendung des Binnenmarkts mit dem freien Verkehr für Waren und

Dienstleistungen entsprach dem zentralen freihändlerischen Anliegen der Engländer, das sie in Europa verwirklicht sehen wollten. Briten und Dänen akzeptierten die Einführung der Mehrheitsentscheidung in allen Fragen des Binnenmarkts als notwendige Bedingung für seine Realisierung.« (12) Dieser Deal zwischen Deutschland und Großbritannien, freier Binnenmarkt gegen Zulassung der Mehrheitsentscheidung, hob das Recht der Mitgliedsländer auf, per Veto einen Beschluss verhindern zu können. Die zügige Verwirklichung des freien Binnenmarktes wurde damit überhaupt erst möglich.

Spätestens ab dieser Wende von Mailand stand London nicht länger im Abseits. Im Gegenteil: Es gelang ihm sogar, sich an die Spitze des europäischen Geleitzuges zu setzen, indem es immer neue Vorschläge zur Vervollkommnung des Binnenmarktes vorlegte – etwa die Schaffung eines Finanzdienstleistungsmarktes zur Stärkung der Londoner City. Zusammen mit der Europäischen Kommission drängte Großbritannien auf immer weitergehende Privatisierungen, Deregulierungen und Liberalisierungen. New Labour unter Tony Blair übernahm nahtlos diesen von den britischen Konservativen vorgegebenen Kurs. (13) Da schließlich auch die SPD unter Schröder mit der Agenda 2010 dieser Ausrichtung folgte, stellte sich dem neoliberalen Umbau der EU faktisch kein ernstzunehmender Widerstand mehr entgegen.

Zu den Binnenmarktfreiheiten gehört neben der Kapital-, Waren- und Dienstleistungsfreiheit auch die Personenfreizügigkeit. Vor allem der damit garantierten unbegrenzten Mobilität von Arbeitskräften über die europäischen Binnengrenzen hinweg gilt das besondere Augenmerk der britischen Kapitalistenklasse. Und so bietet das Land »Cheap labour« (billige Arbeit) dank laxer Arbeitsgesetze, kaum abverlangter beruflicher Qualifikationen und angesichts der bei Migranten meist vorhandenen Grundkenntnisse der englischen Sprache stets einen großen Markt. Deshalb profitiert Großbritannien wie andere englischsprachige Länder, etwa die USA, Kanada oder Australien, im besonderen Maße vom »Brain drain«, der Zuwanderung quali-

fizierter Arbeitskräfte. Auf diese Weise lässt sich viel an Erziehungs- und Qualifikationskosten der eigenen Arbeitskräfte sparen. In London konnte man etwa die Ausbildung von Krankenpflegekräften komplett einstellen – war es doch günstiger, sie von außen ins Land zu holen.

Arbeitsmigration in Europa

Mit den Osterweiterungen der EU 2004 und 2007 entstanden enorme Produktivitäts- und Lohnunterschiede zwischen alter und neuer Union. Die Folge war eine große Arbeitsmigration von Ost nach West. Es wird geschätzt, dass allein drei Millionen Polen ihr Land in Richtung Westen verließen. Auch Hunderttausende Tschechen, Slowaken, Ungarn und Balten gingen. Nach dem Beitritt Rumäniens und Bulgariens 2007 kam es zu einer zweiten Migrationswelle. Aus Rücksicht auf ihre Arbeitsmärkte räumten Deutschland und Österreich den Bürgern aus den 2004 hinzugekommenen Staaten erst zum 1. Mai 2011 die vollständige Arbeitnehmerfreizügigkeit ein, nachdem alle nach EU-Recht möglichen Übergangsfristen ausgeschöpft waren. Für Arbeitnehmer aus Rumänien und Bulgarien gilt sie sogar erst seit 2014. Anders gingen Großbritannien, Irland und Schweden vor. Sie hatten von Beginn an die unbeschränkte Arbeitsmigration aus den Beitrittsländern gestattet.

Die hohe, weiter andauernde Migration hat negative Folgen für die Lohnabhängigen in der alten EU. Es sind vor allem die Schwächsten unter ihnen, die schlecht Ausgebildeten und die hier schon lange lebenden Zuwanderer, die diese neue Konkurrenz zu spüren bekommen. Mit Hilfe billiger und williger Arbeitskräfte aus dem Osten können insbesondere Unternehmen der Bauindustrie und des Dienstleistungsgewerbes – etwa bei der Pflege – Löhne senken und schlechtere Arbeitsbedingungen durchsetzen. Für die Kapitalisten ergeben sich zugleich neue Möglichkeiten der Spaltung der Arbeiterklasse und des Gegeneinanderausspielens der Lohnabhängigen. Dass dieser Effekt mit der Osterweiterung von Beginn an beabsichtigt war, wird selten zugegeben. Eine Ausnahme stellt der ehemalige österreichische Bundeskanzler Wolfgang Schüssel dar, der in einem In-

terview freimütig bekannte: »Unsere Strategie damals, die Erweiterung auch als Turbomotor in den alten Mitgliedsländern einzusetzen, ist voll aufgegangen.« (14)

Die hohe Zuwanderung aus den neuen osteuropäischen EU-Mitgliedsländern und inzwischen auch aus den von hoher Arbeitslosigkeit geplagten Ländern Spanien, Portugal und Griechenland ist für den gesellschaftlichen Zusammenhalt in Großbritannien inzwischen ein großes Problem geworden. »Im ersten Quartal (2016, A. W.) gab es in Großbritannien eine Rekordzahl von 2,1 Millionen Arbeitnehmern aus anderen EU-Staaten und damit zwölf Prozent mehr als ein Jahr zuvor. Seit 2010 hat sich ihre Zahl fast verdoppelt.« (15) Es war dieser Anstieg, der die Stimmung gegenüber der EU endgültig kippen ließ: »Die Einwanderungswelle ist im Wahlkampf vor dem Referendum der wunde Punkt des britischen Premierministers David Cameron, der an der Spitze der Proeuropäer steht. Denn er hat den Wählern versprochen, die Gesamtzahl der Einwanderer unter 100.000 Neuankömmlinge im Jahr zu senken. Stattdessen hat sich ihre Zahl in den vergangenen vier Jahren auf rund 330.000 Migranten mehr als gut verdoppelt. Etwa die Hälfte davon kam 2015 aus anderen EU-Staaten. (...) Viele Briten befürchten, dass die Zuwanderer die Löhne drücken und weder die Schulen noch das Gesundheitssystem dem Andrang der Migranten gewachsen sind.«¹⁶ Sollte es daher zu einem Nein der Briten zur EU kommen, so liegt der Grund dafür nicht etwa in einer mangelnden Bereitschaft zur Integration des Landes in die Union, wie es der Kommentator in der Zeitschrift *International* annimmt. Ganz im Gegenteil: Grund ist vielmehr die große Bereitschaft Großbritanniens, bei der Durchsetzung der Personenfreizügigkeit als einer der Binnenmarktfreiheiten den Empfehlungen der EU bedingungslos zu folgen.

Es sind vor allem die ultraliberalen Rechten in der Konservativen Partei um den ehemaligen Londoner Bürgermeister Boris Johnson sowie die rechtspopulistische UK Independence Party von Nigel Farage, denen es in der Austrittskampagne immer besser gelingt, die mit der Migration entstandenen Probleme in

den Mittelpunkt zu rücken und sich damit als Fürsprecher der besorgten Lohnabhängigen und sozial Deklassierten aufzuspielen. In Großbritannien ist es nicht anders als in Frankreich, Österreich oder Deutschland, wo ebenfalls die Rechtspopulisten des Front National, der FPÖ und der AfD inzwischen das Monopol der Kritik an der Globalisierung und Europäisierung für sich in Anspruch nehmen. Die Erfolge der Rechten verweisen dabei zugleich auf die Defizite der Linken – hat sie es doch versäumt, rechtzeitig den undemokratischen und unsozialen Charakter der EU aufzuzeigen.

Anmerkungen:

1 Charles de Gaulle, französischer Präsident von 1959–69

2 Stefan Brocza: De Gaulle hatte recht, in: *International. Die Zeitschrift für internationale Politik*, Wien 1/2016, S. 20

3 Martin Schulz: Der gefesselte Riese. Europas letzte Chance. Berlin 2013, S.59

4 ebd., S. 251

5 ebd., S. 146

6 Jürgen Habermas: Ach, Europa. Frankfurt am Main 2008, S. 100

7 Stefan Brocza, De Gaulle hatte recht, a. a. O., S. 21

8 Die EFTA wurde von Dänemark, Großbritannien, Norwegen, Österreich, Portugal, Schweden und der Schweiz am 20.11.1959 gegründet. Finnland, Liechtenstein und Island kamen später hinzu. Die EFTA besteht noch heute. Island, Norwegen, Liechtenstein und die Schweiz sind Mitglieder. Womöglich tritt Großbritannien wieder bei.

9 *Der Spiegel* 1962, Nr. 43, S. 85f., zitiert nach Gerhard Brunn: Die Europäische Einigung. Stuttgart 2002, S. 153

10 Stefan Brocza: De Gaulle hatte recht, a. a. O., S.21

11 Jacques Delors, von 1981 bis 1984 französischer Wirtschafts- und Finanzminister und von 1985 bis 1995 Präsident der EG-Kommission

12 Gerhard Brunn: a. a. O., S. 241

13 Margaret Thatcher hatte es stets als ihren größten politischen Erfolg herausgestellt, dass sie nach den Konservativen mit Labour sogar noch eine zweite Partei auf ihren neoliberalen Kurs einschwören konnte.

14 Wolfgang Schüssel: Die Kernbotschaft finden Sie auf jedem Dorffriedhof, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung* vom 9.6.2006

15 Bleib zu Hause, Europa, in: *FAZ* vom 9.6.2016

16 ebd.

Aktueller Online-Flyer vom 04. Juli 2016

Brexit: ein wortwörtlich historisches Ereignis

Europäische Union: heute Abend tot (24. Juni 2016)

von Pierre Levy (Ruptures)

Für die globalisierten Eliten übertrifft es die schlimmsten Alpträume, war eigentlich unvorstellbar. Für diejenigen aber, die das europäische Geschehen aufmerksam verfolgen und sich bewusst sind, dass die EU richtiger Weise eine wachsende Ablehnung durch die Bevölkerung erweckt, war es vorhersehbar. Vor allem springt ein Tatbestand ins Auge. Auch wenn ein Teil der englischen Bourgeoisie die Entscheidung, das Vereinigte Königreich aus der EU zurückzuziehen, unterstützt, erstaunlich ist doch das Auseinanderklaffen: Auf der einen Seite die institutionellen und politischen Eliten (und – von einigen lobenswerten Ausnahmen abgesehen – die Gewerkschaften), die City, die Banken, die Chefs der großen Unternehmen (1300 von ihnen hatten zwei Tage vor der Abstimmung noch einen letzten Appell lanciert) – und die Betuchten in städtischen Milieus, auf der anderen Seite die Wohnviertel der einfachen Leute, die Arbeiterstädte, die vernachlässigten Vorstädte, ganze desindustrialisierte, sich selbst überlassene Regionen.

Dieser Graben vor allem hat das Ergebnis bestimmt. Man muss sich nur die gehässigen Anzüglichkeiten anhören, die gegen diese „benachteiligten Milieus“ mit ihrem „niedrigen Bildungsniveau“, „die irrationalen und von Hass getriebenen“ losgelassen werden. Diese klassenbedingte Verachtung, gesteigert durch den Groll über die Niederlage, spricht Bände über die wahre Natur des Streitgegenstands.

Ebenso vielsagend ist die endlose Liste der Mitglieder der Heiligen Allianz, die monatelang alles versucht hat – insbesondere die ungeheuerliche Drohung mit dem Chaos –, um die angekündigte „Mega-Katastrophe“ zu verhindern: G7, Staats- und

Regierungschefs, Minister, Spitzen der Multis, Bankiers, Ratingagenturen, OECD, WMF...und sogar die NATO. Unübertroffen darin die USA mit dem einschlägigen London-Besuch von Präsident Obama...

Zwar hat jedes Land seine eigene politische Kultur. Aber dieser Gegensatz von „oben“ und „unten“ der Gesellschaft ist eine Konstante, die man bei allen Befragungen zu Europa wiederfindet. Ist Brüssel gezeigte Stinkefinger doch der vierte innerhalb eines Jahres. Schon die Griechen (Juli 2015), die Dänen (Dezember 2015), die Niederländer (April 2016) haben in Referenden zu Europa ein schallendes Nein verlauten lassen.

Diese soziale Geografie der Ablehnung der europäischen Integration war besonders eindrucksvoll beim französischen Referendum von Mai 2005, das den Vertrag über eine Verfassung für Europa verwarf. Eine Abstimmung, die in gewisser Weise ein erstes Erdbeben in der EU darstellte.

Damals waren es gerade die Arbeiter und überhaupt die Arbeitswelt, die Ausgebeuteten, die Unterdrückten, die sich gegen das europäische Projekt aufgelehnt haben, dessen wesentliches Ziel man so zusammenfassen könnte: Den Völkern („Völker“ im politischen Sinne, nicht im ethnischen) die Freiheit der Selbstbestimmung in den großen Entscheidungen über ihre Zukunft zu entziehen. Schon der Ausdruck „Schicksalsgemeinschaft“ (wie sich die EU selbst definiert) sagt alles: Verbot von anderen Entscheidungen als denen der „Gemeinschaft“; und vor allem „Schicksal“ vor menschlichem Willen.

Nebenbei bemerkt nennt sich die höchste von der Europäischen Union verliehene Auszeichnung „Karlspreis“. Eine vielsagende Namenswahl hinsichtlich der imperialen Ambitionen dieser „Konstruktion“, die seit der Nachkriegszeit aktiv von Washington gefördert wurde.

Gewiss hat dieser Wille zur Wiedergewinnung der kollektiven politischen Freiheit – der juristische Begriff dafür lautet „Souveränität“, eine Konzeption, die oft läppisch verzerrt wird, in Wahrheit aber den eigentlichen Rahmen wirklicher Demokratie darstellt, - meist mehr mit kollektiven Bestrebungen als mit ei-

ner ausdrücklichen Motivation des einzelnen Bürgers zu tun. Allerdings haben die britischen Wähler sicher nicht vergessen, wie das französische Nein zum Europäischen Verfassungsvertrag mit Füßen getreten wurde, und in welcher erniedrigender Art die Irländer behandelt wurden, als man von ihnen verlangte, ihre Stimmabgabe zu wiederholen, weil sie zunächst nicht die richtige Antwort gegeben hatten.

Eine derartige Unanständigkeit verfährt bei den Engländern überhaupt nicht. Sie haben soeben eine einfache Botschaft vermittelt: Wir können rausgehen. Eins ist als Folge davon gewiss: Die Europäische Union ist tot. Unbekannt sind nur die Form und der Verlauf der Agonie.

Mit dem Fall der Mauer in Berlin 1989 wurde eine Ära eröffnet, in der die westlichen Führungskräfte gehofft haben, ihre Herrschaft auf die ganze Welt zu erstrecken, den Völkern ihre Freiheit zu entziehen und die Gelegenheit zu nutzen, um wirklich beispiellose soziale Rückschritte durchzusetzen.

Was daraus folgt, ist noch nicht ausgemacht. Aber am 23. Juni 2016 hat sich eine großartige grundlegende Wandlung der Kräfteverhältnisse abgezeichnet. Alle fortschrittlichen Kräfte sind aufgefordert, die Tragweite zu ermessen. Und den darin liegenden Sinn.

Übersetzung: Klaus v. Raussendorff Quelle: «Ruptures», Progressive Monatschrift aus Frankreich (ruptures-presse.fr/brexit-union-europeenne-morte)

Nachwort des Übersetzers:

Die Obduktion der hirntoten Europäischen Union enthüllt als Todesursache einen angeborenen Konstruktionsfehler: Die Restauration des monarchischen Prinzips in Gestalt der Europäischen Kommission. In kommissionseigener Selbstdarstellung lautet dieser Befund wie folgt: „Die Europäische Kommission ist die politisch unabhängige Exekutive der EU (Hervorhebung im Original/KvR). Sie ist allein zuständig für die Erarbeitung von Vorschlägen für neue europäische Rechtsvorschriften und setzt die Beschlüsse des Europäischen Parlaments und des Rates der EU um.“

(http://europa.eu/about-eu/institutions-bodies/european-commission/index_de.htm) Die autokratische Konstruktion dient dem im vorstehenden Artikel treffend festgestellten Zweck, den Staatsvölkern der Mitgliedsländer „die Freiheit der Selbstbestimmung in den großen Entscheidungen über ihre Zukunft zu entziehen.“

Die behauptete politische Unabhängigkeit der Kommission besteht nur insofern, als sie nicht an ein von der Öffentlichkeit durchschaubares Verfahren gebunden ist, das es einzelnen, mehreren oder allen Mitgliedsregierungen gemeinsam ermöglicht, ihre Interessen und Vorstellungen in den Entscheidungsprozess für jedermann erkennbar unter dem eigenen Namen einzubringen. Unabhängig ist sie nur von einem Verfahren, das in internationalen Organisationen wie beispielsweise den Vereinten Nationen, die auf dem Prinzip der souveränen Gleichheit der Staaten beruhen, zumindest in der Theorie die Regel ist. In der EU sind Gesetzesinitiativen als ordentliche Entschließungsanträge von Mitgliedsregierungen geradezu verboten. Der Rat, das Organ der Mitgliedsregierungen, darf die Kommission nur „auffordern, die nach seiner Ansicht zur Verwirklichung der gemeinsamen Ziele geeigneten Untersuchungen vorzunehmen und ihm entsprechende Vorschläge zu unterbreiten“ (Art. 152 des Vertrags zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft).

Bei diesem ausschließlichen Vorschlagsrecht der Kommission besteht die behauptete Unabhängigkeit selbstverständlich nicht gegenüber Europas mächtigsten Kapitalgruppen und ihren Regierungen. So haben diese Kräfte bei allen grundlegenden Entscheidungen (Gemeinsamer Binnenmarkt, Währungsunion, Sparpolitik etc.) der Kommission mit Memoranden und vorformulierten Gesetzesentwürfen geradezu diktiert, was zu tun. Diese EU-typische Einflussnahme durch die Hintertür hat eine gravierende Konsequenz. Sie begünstigt die mächtigsten Mitgliedsländer, darunter vor allem Deutschland. Die Dominanz des deutschen Kapitals und seiner Regierung wird durch das verfahrenstechnische Prinzip der abgestützt. So wird, statt der

kapitalistischen Tendenz der ungleichen Entwicklung administrativ entgegenzuwirken, das Auseinanderdriften der Mitgliedsländer auch noch institutionell verstärkt. Die ursprünglich einmal propagierte gleichmäßige Entwicklung der Länder und Regionen der Gemeinschaft musste längst aufgegeben werden.

Ironischer Weise wird aber das, was in Wirklichkeit der Konstruktionsfehler des „Europäischen Aufbauwerks“ ist, von den Engagiertesten unter den „Europäern“ berechnend oder blauäugig als die geniale Innovation im Sinne einer friedlichen Nachkriegsentwicklung gepriesen. Andererseits wird von jenen, die „Brüssel“ zwar kritisieren aber für reformierbar halten, völlig ignoriert, dass die monströse supranationale Einzigartigkeit der EU der Treibsatz für Auseinanderbrechen und tödliches Siechtum ist. Da sich an beiden Tendenzen in der „deutschen“ Haltung zu „Europa“ so schnell nichts ändern dürfte, bietet sich wohl erst mit dem weiterem Fortschreiten des Desintegrationsprozesses die Chance einer konstruktiven Diskussion über den konsequenten Abriss der europäischen Fehlkonstruktion und die Gestaltung einer neuen europäischen Architektur unter Einschluss von Russland.

NRhZ-ONLINE
Neue Rheinische Zeitung

Aktueller Online-Flyer vom 03. Juli 2016

Betrachtung anlässlich des Brexit-Referendums

Die EU - ein transatlantischer Spaltpilz

von Wolfgang Effenberger

Am 24. Juni, keine 24 Stunden nach der Abstimmung, fragt Paul Craig Roberts auf der Website des von ihm gegründeten "Institute for Political Economy": "The Brexit Vote - What does it Mean?" und gibt in seinem sprengstoffgeladenen Artikel eine

eindeutige Antwort: „Hoffentlich ein Auseinanderbrechen der EU und der NATO und damit die Vermeidung des Dritten Weltkriegs“ (1). Für den ehemaligen stellvertretenden Finanzminister von Ronald Reagan sind die EU und die NATO „böartige Institutionen“ (evil institutions), die von den USA kreiert wurden, „um die Souveränität der europäischen Völker zu zerstören. NATO und EU ermöglichen Washington die Kontrolle über die westliche Welt. Unter dieser Tarnung wird Washingtons Aggression erst möglich. Ohne EU und NATO kann Washington Europa und das Vereinigte Königreich nicht in einen Konflikt mit Russland zwingen. Ohne EU und NATO hätte Washington in den letzten 15 Jahren nicht sieben muslimische Länder zerstören können, ohne als Kriegsverbrecher gehasst und isoliert zu werden. Kein US-Regierungsmitglied hätte ins Ausland reisen können, ohne verhaftet und vor Gericht gestellt zu werden.“ (2) Paul Craig Roberts' vernichtende Analyse ist es wert, im historischen Kontext gesehen zu werden.

De Gaulle hatte schon früh durchschaut, dass es US-Amerikanern und Briten vor allem um die Anbindung der westeuropäischen Länder an die transatlantischen Pfeiler NATO und EU (damals EWG) ging. Schon in den ersten Monaten des Jahres 1947 hatten die USA aus Resten der Kriegskommandostrukturen des Zweiten Weltkriegs zwei Kommandozentren behalten: im Osten Eurasiens das pazifische Militärkommando PACCOM und im Westen Eurasiens das europäische Militärkommando EUCOM. Am 4. April 1949 wurde die NATO gegründet mit dem Ziel, „die Russen draussen, die Amerikaner drinnen und die Deutschen unten zu halten“ (3), so der erste NATO-Generalsekretär Lord Ismay. Und schon im Dezember des gleichen Jahres verabschiedete die NATO den Kriegsplan DROPSHOT, mit dem 1957 die Sowjetunion angegriffen werden sollte. (4) Diese imperialen Ambitionen verärgerten de Gaulle zutiefst. Für ihn ging Europa vom "Atlantik bis zum Ural". Auch wirtschaftlich sollte Europa geteilt werden.

Am 9. Mai 1950, den wir heute als "Europa-Tag" feiern, kündigte der französische Außenminister Schuman zur Überraschung

der Westeuropäer (Adenauer soll nur wenige Stunden zuvor davon erfahren haben) die Erschaffung einer europäischen "Gemeinschaft für Kohle und Stahl" (EGKS) an.

John Foster Dulles als oberster Strippenzieher

Hinter diesem Plan stand ein ganzes Netzwerk von Politikern, Militärs, Bankern, Industriellen und Spekulanten. Als einer der Schattenstrategen sollte sich John Foster Dulles entwickeln. Die EGKS ging maßgeblich auf den französischen Unternehmer und Diplomaten Jean Monnet (1888-1979) zurück. Seit den Verhandlungen in Versailles (1918/19) verband Jean Monnet eine lebenslange politische und persönliche Freundschaft mit John Foster Dulles, damals Berater unter Bernhard Baruch, dem damaligen Chefrepräsentanten der US-Reparationskommission und Mitglied des "War Trade Board" (Zentrales Büro für Planung und Statistik). Unter Baruchs Anleitung hat Dulles im Artikel 231 des Versailler Vertrages die deutsche Kriegsschuld (Alleinschuld) juristisch ausformuliert. Dieser Artikel war der wesentliche Grund für die erste deutsche Delegation unter Graf Brockdorff-Rantzau, die Unterschrift zu verweigern. (5)

Um die Zustimmung zur Unterzeichnung eines Friedensvertrages zu erzwingen, wurde die effektive Seeblockade nach dem Waffenstillstand vom 11. November 1918 fortgeführt. Nachdem am 28. Juni 1919 Außenminister Hermann Müller (SPD) und Verkehrsminister Johannes Bell (Zentrum) unter Protest ihre Unterschrift unter den Friedensvertrag von Versailles setzten, wurde die Blockade am 12. Juli 1919 aufgehoben. (6)

1921 war Dulles Mitbegründer des "Council on Foreign Relations", wurde Mitglied der "Rockefeller Foundation" und beteiligte sich am "Dawes-" und am "Young-Plan", mit denen die deutschen Reparationszahlungen geregelt werden sollten. (7)

Unter Dulles' wichtigsten Kunden waren nach 1919 Unternehmen wie etwa "International Nickel Company" oder "Overseas Security Cooperation", aber auch Banken wie die J.P. Morgan. Er beriet sie bei Kreditgeschäften und stand ihnen teilweise auch vor. John Foster Dulles und sein Bruder Allen vertraten im Rahmen ihrer Tätigkeit bei der Wirtschaftskanzlei Sullivan &

Cromwell US-amerikanische ebenso wie deutsche und europäische Unternehmen. Hierzu zählten die Chase Bank, Ford, ITT, SKF, der I.G.Farben-Konzern sowie die Belgische Nationalbank". Sie vertraten diese Unternehmen aber nicht nur rechtlich, sondern auch als verdeckte Platzhalter für Gesellschaftsanteile und als politische Lobbyisten. Während des Zweiten Weltkriegs war Dulles auch für die "Bank für Internationalen Zahlungsausgleich" tätig. (8)

1945 beriet Dulles Arthur H. Vandenberg bei der Gründungskonferenz der Vereinten Nationen in San Francisco und arbeitete dort an der Präambel der UN-Charta mit. Später wurde Dulles Mitglied der Generalversammlung in den Konferenzen von 1947 bis 1949. Gleichzeitig schob er die Gründung der NATO an und später ihres südasiatischen Pendant, der SEATO. Als Befürworter des Koreakriegs hatte er sich scharf gegen die Eindämmungspolitik (containment) von Präsident Truman gewandt und sich für eine aggressivere Variante, eine Politik der massiven Abschreckung, eingesetzt. Als CIA-Direktor bzw. US-Außenminister setzten die Brüder Allen und John-Foster ihre vorherigen Aktivitäten unvermindert fort. (9)

Abschaffung der historischen Nationen Europas

Mit der Gründung der EGKS wurde der erste Schritt zur Abschaffung der historischen Nationen Europas unternommen. Somit ist der Schuman-Plan nicht der Anfang der Konstruktion Europas, sondern der Anfang der Destruktion der einzelnen europäischen Nationen durch supranationale Institutionen. In den besonderen Beziehungen Großbritanniens zu den USA sah de Gaulle damals eine Gefahr, weshalb er dessen Beitritt zur Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft zu verhindern suchte. Seine Distanz zur anglo-amerikanischen Geo-Strategie und sein vertrauensvolles Verhältnis zum deutschen Nachkriegskanzler Konrad Adenauer verhinderten eine Wiederholung der Politik Georges Clémenceaus, die das ohnehin schwierige Verhältnis Frankreichs zu Deutschland nach dem Ersten Weltkrieg vergiftet hatte.

Vom Spaltpilz zum Atompilz

Nachdem Paul Craig Roberts' Aussage über die Gründungsmotive von EU und NATO nicht zu widerlegen sind, steht er mit der Furcht vor einem Dritten Weltkrieg nicht allein. Am gleichen Tag veröffentlichte der kanadische Journalist, Autor und Menschenrechtler Murray Dobbin im monatlich erscheinenden US-Magazin "Counterpunch" seinen Artikel „Do We Really Want a War With Russia?“ (10) Das ehemalige Vorstandsmitglied des "Canadian Centre for Policy Alternatives" meint, die NATO habe sich stetig ausgeweitet, indem sie viele ehemalige sowjetische Republiken absorbierte, wie Polen, Ungarn, Bulgarien, Litauen, Lettland, Estland und Rumänien. Es überrascht kaum, dass Russland diese Expansion als grobe Verletzung seines Vertrauens in den Westen sieht und als militärische Bedrohung - vor allem, wenn man bedenkt, dass die NATO offiziell als Bollwerk gegen den Sowjetkommunismus gegründet wurde. Konsequenterweise hätte also die NATO 1990 aufgelöst werden müssen. Weiter sieht Dobbin Polen als Schlüssel in dieser gefährlichen Scharade. Meint er damit die ähnliche Situation Polens wie 1938/39, als der Krieg mit Spannungen an der polnischen Westgrenze begann? Gerade jetzt führt die NATO ausgedehnte Manöver durch - Dobbin verweist auf die Operation ANACONDA mit 30.000 westlichen Militärs, der größte militärische Aufmarsch an Russlands Grenze seit der deutschen Invasion Russlands im Juni 1941. Dazu passt die Drohgebärde des polnischen Präsidenten Andrzej Duda: „Das Ziel der Übung ist klar. Wir bereiten uns auf einen Angriff vor.“ (11)

Nach Dobbins Kommentar erschien am 25. Juni auf der Plattform des Friedensinstituts von Ron Paul ein Artikel mit identischer Überschrift, verfasst vom international angesehenen US-Journalisten Eric Margolis. (12) Er hat an der renommierten "School of Foreign Service" (SFS), Teil der ältesten römisch-katholischen, von Jesuiten geleiteten Universität in den USA, der Georgetown Universität in Washington, D.C., seinen Abschluss gemacht. Diese Schule wurde 1919 vom Jesuitenpater Edmund A. Walsh gegründet, der zeitgleich mit Karl Haushof-

er Politische Geographie lehrte. Heute gehört auch Madame Albright zum Lehrkörper. (13)

Sie sitzt außerdem im Vorstand des "Council on Foreign Relations", des "Aspen Institute" und des "Center for American Progress". 2010 legte sie als Leiterin einer Expertengruppe der NATO ein neues strategisches Konzept vor.

Margolis ermahnt alle heutigen Politiker, Prof. Christopher Clarks Meisterwerk „Die Schlafwandler“ zu lesen und immer wieder zu lesen. Für Margolis beschreibt Clark „detailliert, wie die kleinen Intrigen (small cabals) antideutscher Offizieller in Frankreich, England und Russland den Ersten Weltkrieg manipulierten, einen Konflikt, der unnötig, idiotisch und unlogisch war ... wir sehen heute den gleichen Prozess am Werk. Die Kriegsparteien in Washington, unterstützt vom militärisch-industriellen Komplex, die zahmen Medien und die Neocons, alle agitieren sie schwer für den Krieg... seit Friedrich dem Großen haben weise europäische Staats- und Regierungschefs gelernt, nicht gegen Russland zu kämpfen... man schaudert bei dem Gedanken, künftig Hillary Clinton als Oberbefehlshaberin zu sehen... alles was es jetzt braucht, ist ein Terroranschlag wie in Sarajewo, um einen großen Krieg zwischen den beiden Atommächten zu entfachen. (14)“

Was hätte Margolis wohl geschrieben, wenn ihm weitere Zusammenhänge bekannt gewesen wären, die in Clarks Buch nicht zu finden sind? So unterschlägt Clark die Tätigkeit der Marineabteilung im "Committee of Imperial Defense": Die langfristige Vorbereitung einer (völkerrechtswidrigen!) See-Blockade gegen Deutschland, die nachhaltig die deutsche Wirtschaft treffen sollte. Über diese legten zwei Mitglieder der Marineabteilung des CID eindeutig Zeugnis ab: Maurice Hankey in 'The Supreme Command' (15) und A.C. Bell in 'A History of the Blockade of Germany' (16). In der Marineabteilung wurden seit 1908 derartige Pläne entwickelt, die den 1st Sealord Churchill sehr erfreuten.

Laut dem britischen Marinehistoriker, Marinestrategen und offiziellen Historiker der Royal Navy, Sir Julian Corbett, wurde

der Erste Weltkrieg von Lord Hankey und seinen Mitarbeitern innerhalb der britischen Regierung mit "einer geordneten Vollständigkeit im Detail, die keine Parallele in unserer Geschichte hat" (17), geplant.

Bezeichnenderweise sucht man die Autoren Hankey, Bell und Corbett im Index von Christopher Clarks "Schlafwandlern" vergebens. Aber auch in den deutschen Publikationen von Winkler, Münkler, Friedrich, Leonhard tauchen sie nicht auf. Ebenso ein weiterer wichtiger Zeitzeuge, dessen historische Analyse für Großbritannien nicht sehr schmeichelhaft ausfällt: Leo Trotzki.

"... die englische Demokratie hat doch zum imperialistischen Kriege geführt, und zwar nicht nur in dem Sinne allgemeiner Verantwortung aller kapitalistischen Staaten für den Krieg - nein, im Sinne der direkten und unmittelbaren Verantwortung der englischen Diplomatie, die bewußt und berechnend Europa in den Krieg trieb. Hätte die englische "Demokratie" erklärt, daß sie auf Seiten der Entente in den Krieg eingreift, hätten wahrscheinlich Deutschland und Österreich-Ungarn den Rückzug angetreten. Hätte England seine Neutralität erklärt, hätten wahrscheinlich Frankreich und Rußland diesen Rückzug angetreten. Aber die britische Regierung hat anders gehandelt: Sie hat heimlich der Entente ihre Unterstützung versprochen, Deutschland und Österreich-Ungarn auf die Möglichkeit der Neutralität rechnen lassen und sie irregeführt. So hat die englische "Demokratie" den Krieg provoziert...". (18)

Es waren also größere Kabale als die "small cabals", die 1914 in den Krieg führten. Letztlich war es ein kleiner Kreis von britischen Politikern, die hinter dem Rücken ihrer ahnungslosen Kollegen agierten: Edward Grey, Richard Haldane, Herbert H. Asquith und nicht zuletzt Winston Churchill. Sie überrumpelten Kabinett und Parlament, während im Hintergrund Lord Milner die Strippen zog. 1934 begann unter dem Vorsitz des Senators Gerald Nye das "Senate Munitions Investigating Committee", den Einfluss amerikanischer Banken und Waffenfabrikanten auf den Kriegseintritt im Jahr 1917 zu untersuchen.

Der Ausschuss fand heraus, dass die Waffenindustrie neben Preisabsprachen vor und während des Krieges starken Einfluss auf die US-Außenpolitik genommen hatte. Wegen der immensen Kredite an die Entente hätten die Morgan-Banken bei einer Niederlage der Entente Insolvenz anmelden müssen. Nach zwei Jahren (93 Anhörungen und 200 Zeugen, darunter J.P. Morgan) kam das Komitee zu dem Ergebnis, dass die USA von den "Kaufleuten des Todes" (Merchants of Death), Bankiers und Rüstungsindustriellen, in den Krieg „getrickt“ worden seien. (19)

Kommt uns dieses Szenario nicht bekannt vor? Spätestens seit 2008 sind hinter den globalen Unruhen und Konflikten die Interessen einer entfesselten Gier nach Renditen und Ressourcen erkennbar. Wie damals werden Konflikte geschürt, wenn nicht sogar provoziert, um Volkswirtschaften aufzubrechen und Länder abhängig zu machen. Der Imperialismus ist nach dem Zweiten Weltkrieg keineswegs begraben worden.

Der Blick in die jüngste Geschichte zeigt, dass die meisten der heutigen globalen Verwerfungen ihre Wurzeln in der imperialen Politik zu Beginn des 20. Jahrhunderts haben. Es ging um schonungslose Ausbeutung und Missachtung anderer Kulturen. Mit dem Frieden von Versailles wurden Kränkungen manifest, die sich nicht dauerhaft unterdrücken lassen. So könnte der hundertste Jahrestag von Versailles Anlass sein, dass alle Betroffenen den Balken in ihrem Auge erkennen und ein Prozess der Heilung einleiten – so könnten endlich die 14 Punkte von Wilson nachträglich verwirklicht werden. Voraussetzung dafür ist allerdings die Auflösung der heutigen imperialen westlichen Strukturen. Mit dem Austritt Großbritanniens aus der NATO-dominierten EU könnte der Neustrukturierungsprozess hin zu einer wirklichen Europäischen Gemeinschaft eingeleitet werden, einer europäischen Gemeinschaft, die Russland einbezieht.

Anmerkungen:

1) Paul Craig Roberts: The Brexit Vote – What Does it Mean? Friday June 24, 2016
<http://www.paulcraigroberts.org/2016/06/24/the-brexit-vote-paul-craig-roberts/>

- 2) Ebenda
- 3) Matthias Gebauer/Ralf Neukirch/Gordon Repinski/ Christoph Schult: „VERTEILIGUNG: Fortschritt im Schnecken tempo“ in DER SPIEGEL 9/2013 unter <http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-91203385.html>
- 4) Vgl. Wolfgang Effenberger: Das amerikanische Jahrhundert Teil1 „Die verborgenen Seiten des Kalten Krieges“ Norderstedt 2011.
- 5) Der Unfriede von Versailles. In: DER SPIEGEL Nr.28, 2009 (online).
- 6) Osborne, Britains Economic Blockade of Germany 1914-1919, S. 189; Vgl. C. Paul Vincent: The Politics of Hunger: The Allied Blockade of Germany, 1915-1919. Ohio University Press, Athens, Ohio 1985.
- 7) Der Young-Plan löste 1929 den Dawes-Plan von 1923 ab. Nun sollten Reparationen von 121 Mrd. Reichsmark im Laufe von 59 Jahren (also bis 1988) bezahlt werden. Durch die Weltwirtschaftskrise wurden die Transferzahlungen wesentlich behindert und 1931 im Rahmen des Hoover-Moratoriums vorläufig aufgeschoben. 1932 kam es auf der Lausanner Konferenz zur endgültigen Außerkraftsetzung des Young-Plans.
- 8) Die Bank für Internationalen Zahlungsausgleich (BIZ; engl. Bank for International Settlements) wurde am 17. Mai 1930 im Rahmen einer Neuordnung der deutschen Reparationsverpflichtungen gegründet. Sie ist die weltweit älteste internationale Finanzorganisation. Siehe dazu „Schweiz: Hitlers beflissene Hehler“. In: Der Spiegel vom 17. März 1997 (DER SPIEGEL 12/1997 online) (Zugriff am 12. September 2015).
- 9) Vgl. Werner Rügemer: Die Berater, Bielefeld 2004
- 10) Murray Dobbin „Do We Really Want a War With Russia?“ unter <http://www.counterpunch.org/2016/06/24/do-we-really-want-a-war-with-russia/>
- 11) Ebenda
- 12) Eric Margolis: “Do we really want war with Russia? <http://ronpaulinstitute.org/> vom 25. Juni 2016
- 13) Daneben war Dr. Albright in der Leitung des "Council on Foreign Relations", dem "Aspen Institute" und dem "Center for American Progress" tätig. 2009 übernahm Frau Albright den Vorsitz einer Expertengruppe, um ein neues NATO Strategiekonzept auszuarbeiten.
- 14) Eric Margolis: “Do we really want war with Russia? <http://ronpaulinstitute.org/> vom 25. Juni 2016
- 15) Hankey, Maurice: The Supreme Command 1914-1918, George Allen & Unwin, London 1961
- 16) Bell, A. C.: A history of the blockade of Germany and of the countries associated with her in the great war, Austria-Hungary, Bulgaria, and Turkey, 1914-1918, London 1937
- 17) Corbett, Julian: Official History. Naval Operations, London 1921, Vol. 1, p.18
- 18) Leo Trotzki: Wohin treibt England? Europa und Amerika. Reprint Berlin 1972, S. 54
- 19) Wolfgang Effenberger/Willy Wimmer: Wiederkehr der Hasardeure- Schattenstrategen, Kriegstreiber, stille Profiteure 1914 und heute. Höhr-Grenzhausen 2014, S. 438